

# Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 15 Mt., vierteljährlich 45 Mt., halbjährlich 85 Mt., jährlich 170 Mt. — Post- und Geschäftssteuern jeder Art werden nicht aufgezogen. — Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schady; Druck: G. Landmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Schriftl. Bochum, Wilhelmstr. 33-35, 42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Nr.: Arbeiterbund Bochum.

## Gegen Wucher und Spekulation.

Die Preissteigerungen gehen, ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten, egal ob der Dollar steigt oder fällt, rasend weiter. Im September ist die vom Statistischen Reichsamt festgelegte Reichsindexziffer aller Lebenshaltungskosten (Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt auf 11 376 gegenüber 7029 im Monat August gestiegen. Die Steigerung beträgt somit gegenüber dem Vormonat 61,8 Prozent. Die Indexziffer für Ernährungsausgaben im Monat September ist auf 15 417 berechnet worden. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat August beträgt 58,2 Prozent. Eine bedeutend stärkere Steigerung ist für Bekleidungsausgabe festgestellt worden, welche vom Statistischen Reichsamt jetzt ebenfalls regelmäßig erhoben wird. Die Indexziffer für Bekleidungsausgabe beträgt für den Monat September 26 000 gegenüber 12 871 im Vormonat. Die Steigerung mithin 106,8 Prozent. Unter Einwirkung der Aufwendungen für Bekleidungsausgaben erreichte sich die Reichsindexziffer für den Monat September auf 18 819. Die Steigerung gegenüber August von 7765 beträgt danach 71,5 Prozent.

Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 161,7fachen auf das 215fache. Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 159,2fachen auf das 261,2fache; Kolonialwaren von dem 223,4fachen auf das 411,6fache; Lebensmittel zusammen von dem 173,1fachen auf das 229,5fache; ferner Häute und Leder von dem 295,4fachen auf das 416fache; Textilien von dem 352,1fachen auf das 523,9fache; Metalle von dem 256,7fachen auf das 382,1fache; Kohle und Eisen von dem 123,6fachen auf das 286,2fache. Industriestoffe zusammen von dem 102,5fachen auf das 339,2fache.

Die Ziffern des Reichsamts bleiben aber hinter der Wirklichkeit nicht unerheblich zurück, andere Indexziffern zeigen für Anfang Oktober ein weit höheres Ansteigen der Preise. Nach dem Index der „Industrie- und Handelszeitung“ stiegen die Großhandelspreise in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober auf das 418,6fache gegen das 322,6fache in der Vormonatswoche. Die uns am zuverlässigsten scheinende Indexermessung der „Frankfurter Zeitung“ verzeichnet zu Anfang Oktober ein Ansteigen der Großhandelspreise auf das 440,8fache gegen das 386,7fache Anfang September. Wenn man die Preise der 88 erfassten Waren für die Vorkriegszeit mit 100 ansieht, dann zeigt die Preisentwicklung das folgende Bild:

Vorkriegszeit		1922	
100	100	7 481	1. Mai
1920 Januar	2 017	7 965	1. Juni
1921 Januar	2 138	9 267	1. Juli
1922 Januar	4 269	14 276	1. August
Februar	4 682	29 676	1. September
März	4 424	44 089	1. Oktober
April	6 799		

Das ist also eine Gesamtverteuerung auf das 440,8fache. Im einzelnen stiegen Lebensmittel und Genussmittel auf das 386,7fache, Textilien und Leder auf das 726fache, Mineralien auf das 649fache, industrielle Endprodukte auf das 350fache. Seit Januar 1920 sind die Lebensmittel um das 38fache, die industriellen Endprodukte um das 37fache, der Gesamtindex um das 33fache gestiegen. Roggen war gegenüber dem Frieden 303 mal, Eier 310 mal, Kohlen 497 mal so teuer.

Im Kleinhandel wirkte sich die Preissteigerung im September außerordentlich scharf aus, obwohl im September der Kurs der Mark sich besserte.

Die industriellen Endprodukte nähern sich immer rascher dem Weltmarktpreis, Löhne und Gehälter folgen nicht entfernt so rasch, wie die Preise steigen, die Folge ist eine immer stärkere Einschränkung der Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse, eine immer größerer und beherzelter werdende Auktorallosigkeit breiter Volksschichten. Jeder Appell an die Produzenten und den Handel verhallt nutzlos. Während die Marktnotierungen für Kartoffeln noch auf 320-420 Mt. lauten, zahlt man im Ruhrgebiet schon 800-850 Mark! Das ganze Geschäftswesen der Agrarier von der Milchbereitschaft der Landwirtschaft zeigt sich so praktisch im besten Licht. Am 6. Oktober hat der Bischof von Münster angesichts des Kartoffelkrisen einen Erlaß veröffentlicht, in dem man folgendes liest:

„Es ist zu befürchten, daß manche Familien nicht imstande sein werden, bei den in Aussicht stehenden Preisen ihren Bedarf an Kartoffeln einzudecken. Wie im vergangenen Jahre, so wende ich mich darum auch jetzt an die Herren Geistlichen mit der Bitte, auf die Landbevölkerung in geeigneter Weise einzuwirken, daß sie die Kartoffeln nicht nur an Händler veräußern, die für diese Preise unerreichbar sind, sondern daß sie dieselben auch an weniger vermögende Familien und Anstalten zu mäßigen Preisen abgeben. Das Gland ist heute groß und wächst von Tag zu Tag; der Armen und Hungernden sind viele. Nicht eines jeden ist es darum, hier Landwirt einzugreifen, wo er kann. Fern werden, das weiß ich, diese Landwirte bereit sein, zugunsten armer Leute bei der Kartoffellieferung auf jeden Gewinn zu verzichten. Als Oberhirt der Pflöge rufe ich heute allen zu: ‚Seld darnach gegen die Armen!‘ Barmherzigkeit und Freigebigkeit ist und bleibt ein sicheres Mittel, Gottes Segen für Zeit und Ewigkeit zu erlangen. ‚Seld‘, sagt der hebräische, ‚so wieb auch gegeben werden.‘ (Lukas 6, 38.) ‚Almosengeben armet nicht,‘ lehrt ein altes Sprichwort.

## Stinnes-Vertrag, Reich und Boll.

Der „Grundstein“ das Organ des Bauarbeiterverbundes, das in Fragen des Wiederaufbaues als besonders sachverständig zu gelten hat, befragt in seinen Nummern 39, 40 und 41 den Stinnes-Vertrag in einer Art, die es geboten erscheinen läßt, den Gedankengang und die erhobenen Forderungen in unserem Blatt wiederzugeben. Die Aufgabe kennzeichnet zunächst die von uns an dieser Stelle schon dargelegte Entwicklung, wonach der Stinnes-Vertrag, indem er den Vermögenswerten, die gemeinwirtschaftlichen Grundlagen des Wiederaufbaues als gemeinsamen zentralen und einen Sieg des privatrechtlichen Selbstwollens gegenüber der Gemeinwirtschaft darstellt. Weiter wird ausgeführt:

„Es mit freubigem Auge nach seinem Vermögen; denn der Herr ist Bergarbeiter und wird es dir siebenfach zurückgeben.“ (Sir. 35, 12 und 13.)

Münster, den 6. Oktober 1922. Der Bischof von Münster + Johannes.

Ein paar Tage später fand eine Konferenz statt, in der Gronowski, der Oberpräsident von Westfalen, ein früherer Arbeiter, über die wirtschaftliche Not Mittelungen machte. Von ihm erfuhr man, daß in seinem Bezirk bis jetzt von dem ersten Drittel der Getreideumlage sage und schreibe 15 Prozent abgeliefert sind, während das ganze Drittel bis zum 31. Oktober abgeliefert sein soll! Dabei bleiben landwirtschaftliche Betriebe bis zu 40 Morgen von der Umlage frei, wenn sie nicht mehr als 8 Zentner Körnerfrucht ernten!

Die Milchversorgung ist nach Gronowski geradezu beängstigend. Eine Regelung ist hier sehr schwer, weil die Butter den Fettbreiten und die Milch der Butter folgt, weil aber auch die Städte unter sich den Milchpreis in die Höhe treiben. Preisfestsetzungen seien hier nur möglich, wenn Westfalen und Rheinland zusammenhängen und nicht rheinische Städte mehr für Milch hätten, als westfälische. Bei der zweiten Milchpreissteigerung von 19 auf 20 Mt. habe er eingegriffen, weil auch Landwirte aus den Kreisen Warburg, Höxter, Vadderborn und Bielefeld ihm bekräftigen, daß es mit dem alten Preis noch ginge, solange das Vieh noch dröhne Nahrung finde.

Aber weder bei der Milch noch bei den Kartoffeln haben behördliche Bemühungen noch geistlicher Ratspruch Erfolg. In der Industrie liegt es genau so, und so bleibt nichts anderes übrig, als scharfes behördliches Eingreifen. Der Umbau der Preisprüfungsstellen vollzieht sich nur sehr langsam und wo, wie in Essen, weitere freie und christliche Gewerkschaftler in diese Stellen eintreten, kommt es sehr bald zu Differenzen, weil auch der Handel den Preis nicht vollziehen kann. In Essen sind deshalb die Gewerkschaftler aus der Preisprüfung wieder ausgetreten und erwidern die Einrichtung eines getrennt vorkommenden Selbstschutzes gegen Wucher und Preistreiber!

In der Industrie können die Preiserhöhungen keine Grenze und gemessenlos wird das Volkinteresse dem Profit geopfert. Nur zwei Stichproben für diese gewissenlose Politik seien aus der Unmenge Material herausgehoben. Unsere Zeitungen berichten: Die Buchdrucker werden „arbeitenlos“, dabei wird in einer der letzten Nummern des „Buchhändlerboten“ folgendes Ergebnis mitgeteilt, das ein Deutscher gehabt hat der mit offenen Augen durch die Vereinigten Staaten gereist ist: „Vor einigen Monaten“ so schreibt er „stand ich in New York im Zeitungsalatze Sears. Ich wurde durch die Maschinenräume, durch die Kienholzdruker geführt. Nichts stand hier vor ungeheuren Papierballen, die für die tägliche Auflage von 5 Millionen nötig sind. Hier finden Sie Abgesandte aus der „Stimat“, sagte mein amerikanischer Begleiter, die ganze Searspresse wird auf deutschem Papier gedruckt.“ Wer das Journal der amerikanischen Mütter und ihre Anzeigen kennt, wird sich ein Bild machen können, welche riesige Quantitäten bei solchen Lieferungen in Frage kommen.

Daß der Exportgewinn aus diesem Geschäft (von dem viel leicht auch Herr Stinnes etwas weiß) in entsprechender Weise dem Reich zugute käme oder daß die für den Export erlösten Devisen außer denen für Rohstoffkäufe der heimischen dem Reich zugute kämen, glaubt man natürlich nicht eher, bis es einem schwarz auf weiß bewiesen wird. Ein anderer Stichproben aus unserem Wirtschaftskolloquium ist das folgende aus der „Südwesten Zeitung“:

„Holzpreiserhöhung in Detmold. Die Holzpreiserhöhung in der staatlichen Oberförsterei Korn für buchene Nuthölzer aus den Staatsforsten am 8. 10. 22 beträgt 25 Prozent. So wurde die unerschwinglichkeit hoch gefestigt, der offenbar ein Dollarkurs von 1600 zugrunde gelegt war, um das Nutholz auf 500 Mark zu erhöhen. Für geringere Durchmesserhölder, die vor dem Kriege bei der letzten staatlichen Versteigerung 1914 1250 Mt. pro Festmeter gefestigt hatten, forderte der Preiskurs 500 Mt. pro Festmeter, also den 50fachen Friedenspreis. Geboten wurden 27 000 Mark pro Festmeter, also das 220fache des Friedenspreises, was einem Dollarkurs von 3500 entsprechen würde. Wie wir hören, werden diese Nuthölzer auf Speckhölzer verhandelt, die in das Ausland exportiert werden. Die einheimische Holzindustrie ging bei der Versteigerung sonach leer aus. Wie wir weiter hören, beabsichtigt die deutsche Holzindustrie, wegen der unerhöht hohen Speckholzpreise kein Speckholz mehr zu verarbeiten, sondern die Speckholzfabrikanten, welche die Rohstoffpreise in dieser wirtschaftlichen Weise in die Höhe treiben, zu bankrottieren.“

In dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, wissen wir noch nicht im einzelnen, was die Regierung angesichts der katastrophalen Entwicklung auf dem Geld- und Wirtschaftsmarkt an Abhilfemaßnahmen vorschlägt, aber was sie auch vorschlägt, wird auf den Widerstand der Straße aus Industrie, Handel und Landwirtschaft stoßen. Eine Hilfe in solchen Fragen kann die Regierung nur finden, wenn sie sich eng an die Arbeitnehmerorganisationen anschließt, denn nur hier liegen die letzten Endes die Wurzeln ihrer Kraft!

Schmerz in Geld von Deutschland erlangen. Das französische und deutsche Privatkapital will möglichst viel verdienen. Die Pläne zum Wiederaufbau, wie sie von den Gewerkschaften vertreten wurden, und die eine Ausweitung privatrechtlichen Gewinnstrebens ermöglichen, wollen die französische Regierung nicht, die Geschäftslücke nicht zu, weil sie zum Teil falsch „aufgeklärt“ waren. Durch die neue Regierung wird Deutschland, der Schuldner Frankreichs, auch noch bei Schulden des deutschen Privatkapitals. Die Stinnesgruppe macht sich von Freigebigkeit aus, stellt dafür neue Gewinne ein und die breiten Massen des deutschen Volkes zahlen! Obwohl der Artikel IV des Vermögensgesetzes bestimmt, daß „Spendenfirmen, die sich als Vermögensbüros für Lieferungen dieser Art gebildet haben oder noch bilden werden, sowie Gelegenheitsagenten als

„Grundstein“ fragt mit Recht die Regierung, ob sie diese erst kürzlich von Stinnes in Kontrolle genommene Gesellschaft, die höchstens 50 Millionen. Markt-Kapital hat, geeignet halte, als Treuhänderin ungeheurer Milliardenwerte aufzutreten. Er fragt weiter, ob die Zulassung dieser Gesellschaft mit dem Geist des Gutzwillers vom 21. und 23. März 1922 zu vereinbaren sei, in dem es heißt, daß mit dem Geist des Vertrages vom 27. Februar es nicht vereinbar sei, „wenn ein übermächtiger Teil der Vorgesetzten auf gewisse Firmen oder gewisse Landesstellen einwirkt.“

Auf der Mittelseite des Stinnes-Vertrages werden gewöhnlich zwei Posten gebucht: Einmal die Vermehrung von Arbeitslosigkeit. In dieser drohenden Arbeitslosigkeit sind gerade Stinnes und Genossen schuld, die nicht rasch genug den Weltmarktpreis erreichen konnten und deshalb vor einem Bankrott ihrer Ausfuhrpolitik stehen. Nicht aus Rücksorge für das Wohl von Millionen, sondern lediglich um einen Fehler zu verbessern, um aus Stinnes' Tagend werden zu lassen, wird Stinnes heute als Ketzer aus der Reichsregierung geteilt.“ Der zweite Posten ist in Wirklichkeit vorhanden, wenn er auch bisher übersehen wird: Die Rohstoffpreise, die zur Herstellung der Baustoffe nötig ist, wird von der Reparationsmenge freigegeben und nicht mehr in Papiermarkt sondern in Franken dem deutschen Reich angedreht.

Diesen beiden Posten stehen aber gewaltige Passivposten entgegen. Zunächst erholt Stinnes die Kontrolle über das britische Schiffbauwerk, die Baustoffindustrie. Wer die Verfügung über die Kohle hat, besitzt Einfluss, die Entwicklung in der Baustoffindustrie nach seinen Wünschen zu lenken. Die deutsche Baustoffindustrie arbeitet heute mit 40 bis 50 Prozent Leerlauf, weil sie nicht genügend Kohle zur Verfügung hat. Wer einen Zementwerk mehr Kohle zur Verfügung hat, der teuren Verkauf, sagt dem Besitzer Kapital. Das hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt und sich dadurch selbst um Milliardenbeträge geschädigt. Erst jüngst wurde ein Regierungsbekanntmachung, daß die Zementwerke um 5 Prozent gewinnl werden könnten, wenn die Zementwerke voll beschäftigt wären. Bei einem Wert unserer Zementproduktion von 35 Milliarden Mark wären das 7 Milliarden Mark, die nun der von Stinnes kontrollierten Zementindustrie zufließen können.

Noch größer aber ist die Gefahr, die darin liegt, daß der Baumarkt in Rheinland und Westfalen und in anderen anderen Beständen, die schließlich günstig für Frankreich liegen, der Gefahr des Erliegens noch mehr gerät. Die Baustoffindustrie wird sich gern auf die sicheren und gut bezahlten Wiederaufbauleistungen einstellen und den Arbeitsbedarf nebenbei erledigen. Die Baustoffindustrie wird einige Tausend Arbeiter mehr beschäftigen, auf dem Bauplatz wird die Arbeitslosigkeit größer werden, wenn das nicht durch geeignete Maßnahmen in gemeinwirtschaftlicher Richtung verhindert wird.

Eine weitere Gefahr liegt auf finanziellem Gebiet. Der „Grundstein“ macht hier eine sehr mäßige Rechnung auf, wenn er annimmt, daß in Nordrhein-Westfalen noch Papier im Wert von 20 Milliarden Franken auszuführen sind, daß davon 50 Prozent oder 10 Milliarden auf Baukosten zur Entlasten und daß davon nur 20 Prozent oder 2 Milliarden nach Deutschland gehen. Immerhin wären das noch 200 Milliarden Papiermark 6 Prozent Handelsgewinn für die Hoch- und Tiefbauindustrie machen kann immer noch 15 Milliarden Mark aus. Hierzu kommt die Bekämpfung, die sich noch einstellt. Die Baustoffindustrie und Stinnes verstehen sich auf „Schiffbaukonzern“. Bei uns kostet Zement 5700 Mt., in Frankreich 17000 Papiermark. Man dürfte sich trotzdem nicht wundern, wenn Stinnes und Genossen „beweisen“, daß die Ausfuhrerlaubnis ermöglicht werden muß, wenn die Zement für 17000 Mark nach Frankreich liefern wollen. Darüber hinaus werden die Kapitalistengruppen beider Länder natürlich alles daran setzen, die Bauhoffpreise in Frankreich zu steigern, weil sie beide Augen davon haben.

Auch die Kosten der Finanzierung des Unternehmens, die von der Dresdner Bank durchgeführt wird, das das deutsche Reich zu tragen. Das Betriebskapital kann sich auf 50 bis 60 Milliarden Mark belaufen. Die Dresdner Bank wird sich bei der herrschenden Arbeitslosigkeit mit 15-20 Prozent „begnügen“, so daß das Reich noch etwa 7 bis 10 Milliarden an Zinsen zu zahlen hätte.

Gegenüber dieser drohenden Entwicklung ist es selbstverständlich notwendig, daß angesichts der privatrechtlichen Befähigung am Wiederaufbau andere Organisationen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage gleichberechtigt in Wettbewerb gestellt werden. Das Reich muß solchen Organisationen alle Hilfsmittel erschließen, ihnen das Kapital zur Verfügung stellen und ihnen den von der Privatindustrie kontrollierten Zugang zur Kohle öffnen. Die Einbeziehung solcher Organisationen ist um so wichtiger, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß keine Regierungskontrolle es fertig bringt, den „angemessenen Inlandspreis“ auf den Rohstoffen zu erzwingen und Preisprüfungen Wege festzustellen. Dieser Wettbewerb ist aber auch notwendig, um die Auswirkungen der in gerader Höhe festzulegen und das deutsche Volkermögen vor weiterem Ausverkauf schützen zu können. Unsere Privatindustrie hat kein Interesse an billigen Lieferungen dieser Art. Sie sucht schon heute die Differenzkelle über hohe Preise zu treiben mit dem Hinweis, daß diese Preise Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Die französische Regierung, die Geschäftsbligen in Frankreich, wie die deutsche Regierung, müßten aber ein Interesse daran haben, daß ein Höchstmaß von Wiederaufbau mit einem möglichst geringen Aufwand von Mitteln erfolgt. Gemeinsame deutsche und französische Interessen müßten sich gegen deutsche und französische Reparationsgewinnwörter richten. Der „Grundstein“ fordert deshalb zum Schluß seiner Darlegungen von der Reichsregierung:

1. die für Baustofflieferungen nach Frankreich zu verwendenden Reparationskosten durch eine wirtschaftlich völlig neutrale, auf das Reichsinteresse eingestellte Stelle auf die produktiveren Werke veräußern zu lassen und die Kohle zum Ausarbeiten von günstigen Lieferungsverträgen zu verwenden,
2. die Geschäfte der Hoch- und Tiefbau-W.G. einer dauernden Reichskontrolle zu unterstellen,
3. der Hoch- und Tiefbau-W.G. gleichberechtigt eine gemeinwirtschaftlich tätige Organisation gegenüberzustellen und diese in ihrer Lieferungsverpflichtung vorzugeweiht mit Kapital und Kohle zu unterstützen,
4. die Ausfuhrabgabe auf Baustoffe in voller Höhe der Spannung zwischen dem Marktpreis und dem Frankendreis zu erheben,
5. den Inlandsbedarf an Baustoffen aller Art dortweg sicherzustellen und die baukofferzeugende Industrie zur Bedarfsdeckung des Inlandes zu verpflichten,
6. jedwede Preisvereinbarung bei deutschen Lieferanten mit französischen Lieferanten durch Entziehung der Handelsreiserechts rückwärts zu ändern.

Aufgabe der deutschen Gewerkschaften und insbesondere der deutschen Bergarbeiter ist es nach dem „Grundstein“, die Gefahr zu erkennen und in Verhinderung solcher Forderungen mit harter Hand dem Stinnes abzuwehren, den Stinnes gegen den Gedanken der Gemeinwirtschaft gefügt hat. Das an dem Bergarbeiterverbund liegt, wird geschrieben um eine solche Politik zu fördern.



Zu dieser Verordnung ist nicht viel zu sagen. Ihr grausamer Inhalt ist nicht neu. Sie stellt nicht nur die völlige Arbeitsverweigerung, oder wie es die Kommunisten nennen, Arbeitsflucht oder Arbeitsverweigerung unter Strafe, sondern auch schon den Verzehr von Arbeitsmitteln unter Strafe. Aber zur Arbeitsverweigerung anzuhängen, die Arbeit zu verweigern. Wer zur Arbeitsverweigerung anstellt, die Arbeit zu verweigern oder sie zu zerstören, wird bestraft. Wo bleibt da eine einseitige Bestimmung? Eine Gewerkschaftsleitung, die einen Streik ausführt, ist strafbar, sie ist strafbar, wenn sie die Streikenden unterwirft, sei es finanziell, oder moralisch, denn sie liefert Beihilfe. Was hat ihr Kommunisten und Unionisten, die ihr auch für Russland begehrte, die ihr rassistische Verhältnisse nach Deutschland übertragen wollen, hierzu zu sagen? Oder seid ihr verkümmert?

Auch der Arbeitswechsel, oder wie es in der Verordnung heißt: unzulässiger Übergang in den Dienst eines anderen Unternehmers oder Ausweis wird als Arbeitsflucht betrachtet und ist strafbar. Man gedenke die nach solchen Zuständen auch in Deutschland? Ist das das Ziel der „Arbeitsverweigerung“, wie es von den Kommunisten und Unionisten erhofft wird?

Dann die Bestrafung auf administrativem Wege. Nach der alten beruflichen Gesetze hatten die Verwaltungs- und Polizeibehörden das Recht, mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsjustiz) gegen das Verhalten - Rechte, Mängel usw. - vorzugehen. Teile dieser Gesetze sind in der Verordnung in der Verordnung gegen die „freien“ Arbeiter ihre Aufrechterhaltung gefordert. O du herrliches Kommunismodell, du sand voller Schand! Auch die Strafen, die auf administrativem Wege auferlegt werden können, sind nicht gering. Andringen auf das Schwärze Brot, Geldstrafen bis zum fünftfachen Betrag der Kosten der Arbeit, welche gemäß der Arbeitspflicht zu vertieren ist. Der Sinn ist nicht klar. Vermutlich ist der fünftfache Betrag eines Arbeitslohnes gemeint. Es kann sich aber auch um einen fünftfachen Wochen- oder Monatslohn handeln. Auslegungsmöglichkeiten sind gegeben. Dann die Überweisung zur Zwangsarbeit. Erinnerung das nicht an die Strafen? Bis zum Nachlass der ehemaligen zaristischen Gewaltpolizei ist der Kommunismus gesunken. Dieser hinab geht es nun!

Zuletzt wird dann noch verfügt, daß die kollektiven Streitverfahren - dies sind die Streitorgane der Gewerkschaften auf Grund eines Gesetzes der Sowjetregierung - die Verwaltungsorgane oder die Verwaltungsgerichtsbarkeit jene „Sünden“ abzurufen haben, die nach der Auffassung der Kommissionen groß gefaßt haben. „Große Sünden“ wären z. B. die Gewerkschaften, die einen Streik unterstützen. Sie können dies aber nur bei der Vollstreckung oder der Resolutionstrustmission gestellt werden. Für die Bestimmungen, die sich in Russland Gewerkschaften nennen, sind bestimmten Bestimmungen nicht zu folgen. Sie sind keine Gewerkschaften in diesem, in europäischem Sinne. Sie sind Vollzugsorgane der Sowjet- und des Staates, die sich für jede Verwaltnahme der Sowjetregierung verwenden. Dies trifft auch auf die sogenannte Rotarbeiter Gewerkschaften in Europa zu. Darüber ein andermal. Hier kam es darauf an, nachzuweisen, daß die Arbeiter in Russland jeder freien Willensbestimmung beraubt sind. Der Nachweis ist geführt durch die Bestimmung der amtlichen Sowjetdokumente. Sie sind die Verwaltnahmen zu erlassen, bleibt den Kommunisten und Unionisten überlassen. Was es ihnen wohl bekommen!

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Herr Stinnes wird den Balkan erobern.

Nachdem Herr Stinnes sich die steirische Eisenindustrie dienstbar gemacht hat, sucht er nun über Ungarn den Weg zum Balkan. Er hat eine Interessengemeinschaft mit der Dr. Liptal & Co. K.-S. für Bau- und Eisenindustrie herbeigeführt, die zum Interessentkreis der Österreich-Ungarischen Bank gehört. Das Unternehmen soll nach den neuesten technischen Erfahrungen bedeutend erweitert werden, seine Hauptaufgabe soll der Export nach den Balkanländern sein. Das Kapital soll von 100 auf 200 Millionen ungarischer Kronen erhöht werden, außerdem werden Refinanzierungen von 170 auf 200 Millionen erhöht werden, ein Teil der neuen Aktien wird, auf je 5 Aktien eine neue, den alten Aktieninhabern angeheben, den Rest übernimmt Stinnes. Das Geschäftskomitee der neuen Gesellschaft wird aus vier Ungarn und vier Deutschen bestehen, unter Leitung wahrscheinlich Stinnes und Dr. Bögl. Ein Stinnesangehöriger wird zum 2. Direktor berufen.

Es wandern immer neue Hiesigen Mengen deutschen Kapitals ins Ausland, die „armen“ deutschen Kapitalisten aber können in ihrem Land nicht das an Steuern zahlen, was dem Lande zustände, sie jammern über erhöhte Ausfuhrabgaben und wollen vor allen Dingen nichts von staatlicher Erfassung und Kontrolle der Devisen wissen, deren Erwerb nur durch harte Arbeit möglich wurde und die deshalb auch in erster Linie dazu dienen sollten, die innere Lage Deutschlands zu bessern.

#### Die Verteilung der Kohlenstücke Europas.

A. D. Wie sehr der Weltkrieg die Verteilung der Kohlenstücke in Europa beeinflusst hat, zeigt ein Vergleich amerikanischer Bericht der englischen Regierung. Danach ist Deutschland, das früher das Kohlenreich Europas war, an die zweite Stelle gedrückt. Wenn man von Rotterdam von Schwaz und Braunkohle von weniger als 2 Zoll Dicke und in einer Tiefe von mehr als 4000 Fuß absteht, so war die Verteilung der europäischen Kohlenstücke wie folgt (in Prozent):

Land	vor dem Kriege	1921
Deutschland	40,2	29,7
Großbritannien	39,0	33,0
Russland	11,6	0,4
Oesterreich und Ungarn	8,8	0,3
Frankreich	2,1	2,1
Spanien	1,7	2,6
Norwegen	1,7	1,7
Polen	1,1	1,1
Ungarn	1,3	1,4
Japan	—	4,7
Sibirien	—	13,3
Ukraina	—	10,8

Oesterreich betrug damals 41 377 Millionen Tonnen Kohlenproduktion, jetzt nur noch 388 Mill. To. Ungarns Anteil ging von 1718 auf 610 Mill. To. zurück, der Anteil Russlands von 60 170 auf 1998 Mill. Tonnen, der Anteil Deutschlands von 207 980 auf 148 243 Mill. To. Großbritannien weiß noch, was früher, 188 287 Mill. To. Kohlenproduktion auf, heute ist es auf 117 Milliarden Tonnen.

### Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

#### Erhöhung der Versicherungsbeiträge für Renteneinpfänger in der Kassenindustrie.

Die zum Zwecke der Festsetzung der Versicherungsbeiträge für Renteneinpfänger vom Reichskammergericht eingeleitete Kommission hat am 30. September 1922 die Versicherungsbeiträge wie folgt festgelegt:

Reichsrentenempfänger von 127 auf 150 Mill. monatlich, Witwen von 90 auf 100 Mill., Anknüpfenden von 30 auf 50 Mill., Witwen von 40 auf 50 Mill., Anknüpfenden von 315 auf 500 Mill., Witwen von 202,50 auf 400 Mill., Anknüpfenden von 67,50 auf 150 Mill., Witwen von 90 auf 200 Mill., Anknüpfenden bis 70 Prozent Erwerbsbeschränkung von 76 auf 150 Mill., Unfallrentner bis 100 Prozent Erwerbsbeschränkung von 93 auf 300 Mill.
--

Die Versicherungsbeiträge sind keineswegs zu hoch. Es mag aber festgestellt werden, daß sie in der Kassenindustrie bedeutend niedriger sind, in der Kassenindustrie wird überhaupt nichts gezahlt. In beiden, sowohl in der Kassen- als auch in der Kassenindustrie scheint der Grund für das Mangel zu sein: Der Staat hat keine Schulpflicht getan, er kann gehorchen. Das ist den Kindern und Eltern in der Kassenindustrie bekannt.

#### In der Landwirtschaft.

bringt die Entscheidung über die Erhöhung der Beiträge von 2,5 Prozent auf 3 Prozent, die Kassenindustrie hat im Juli 1922 die Versicherungsbeiträge, die 3,5 Prozent der Lohns sind, auf 5,0 Prozent erhöht, mehr Renten bezogen. Nur der Vergleich der neuen, erhöhten Beiträge mit den alten zeigt, daß die Beiträge eine oder mehrere Renten betragen, die aufkommen 30 Prozent nicht erreichen und die nach einem durchschnittlichen Jahreslohn von 18 500 Mill. nur 1 500 Mill. betragen, was den durch den Staat festgesetzten Prozentsatz von 3,5 Prozent nicht erreicht.

lichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 7200 Mill. und im übrigen, also bei gewöhnlichen Arbeitern, der Betrag von 22 500 Mill. zugrunde gelegt werden.

Die Berechnung der höheren Renten, also der von 50 und mehr Prozent, muß ebenfalls nach dem Jahresarbeitsverdienst bei einem männlichen landwirtschaftlichen Arbeiter nach dem Betrage von 30 000 Mill., eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters nach dem Betrage von 18 000 Mill. und eines gewöhnlichen Arbeiters nach einem Betrag von 48 000 Mill. erfolgen.

Die Zulagen werden für die Zeit nach dem 30. September 1922 gewährt. Da die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Ausdehnung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 20. Juli 1922, nach welcher bekanntlich die Zulagen aus den Auslandern gewährt werden mußten, in Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, noch nicht aufgehoben ist, so werden wohl auch die neuen erhöhten Zulagen den in der Verordnung vom 20. Juli bezeichneten Ausländern gewährt.

#### Erhöhung von Beilagen aus der Sozialversicherung.

Die Leistungen der Wochenhilfe sind zuletzt bekanntlich durch das Gesetz vom Juni 1922 neu geregelt worden. Es fand damals eine Erhöhung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge infolge der Kassenindustrie herbeigeführt wurde. Die wesentlichen Änderungen betrafen die Höhe der Gewährung der freien ärztlichen Behandlung, falls solche bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, sowie die Zusammenlegung des einmaligen Bezuges zu den Kosten der Entbindung und der Schwangerschaftsbeschwerden. Die im Gesetz vom 9. Juni festgelegten Mindestbeträge sind neuerdings durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. September und zwar mit Wirkung vom 29. September ab wie folgt erhöht worden: a) der Beitrag zu den Kosten der Entbindung von 250 auf 500 Mill.; b) der Beitrag zu den Kosten der Schwangerschaftsbeschwerden, wo keine Entbindung stattfindet, von 50 auf 150 Mill.; c) das Mindestwöchentlich für versicherte Wöchnerinnen von 8 auf 20 Mill. täglich; d) das Mindestwöchentlich für Ehefrauen, Töchter, Söhne und Pflegekinder der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, von 4,20 auf 15 Mill. und f) das Mindestwöchentlich für die unter e) bezeichneten Wöchnerinnen von 8 auf 25 Mill. täglich. Für Entbindungsfälle, die vor dem 29. September eingetreten sind, wird das Wochen- und Stützgeld für den Rest der Bezugszeit in dem erhöhten Betrage gezahlt.

In der Wochenfürsorge sind die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Juni ebenfalls durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. September abgeändert worden. Nach den neuen Bestimmungen gilt als minderbemittelt diejenige deutsche Wöchnerin, deren steuerpflichtige Gesamtinkommen zusammen mit dem ihres Ehemannes im Steuerjahre 1921 den Betrag von 15 000 Mill. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 30 000 Mill. nicht übersteigt. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 1500 Mill., falls der Betrag von 15 000 Mill. zugrunde gelegt worden ist, und um 5000 Mill., falls der Betrag von 30 000 Mill. zugrunde gelegt worden ist. Die Leistungen der Wochenfürsorge an die minderbemittelten Wöchnerinnen sind in dem gleichen Maße wie die Mindestleistungen der Wochenhilfe für Ehefrauen, Töchter usw. der Versicherten erhöht.

### Aus der Tarifpraxis.

#### Lohnerhöhung in der Kassenindustrie.

Am 4. Oktober wurden auf dem Wege der freien Vereinbarung die Löhne in der Kassenindustrie um 145 Mill. pro Mann und Schicht ab 1. Oktober einschließlich einer Erhöhung des Hausstands- und Zinbergebühres um 100 Prozent im Durchschnitt erhöht.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Neue Kassenpreiserhöhung.

Die Preisfestsetzungskommission des Reichsstatistikates beschloß in der am 9. Oktober stattgefundenen Sitzung eine Kassenpreiserhöhung um 29,66 Prozent. Der Preissteigerungsantrag wurde vom Statistikat mit der Begründung, daß die Erhöhung der Löhne und Materialpreise begründet. Der Vertreter der Landwirtschaft stimmte gegen die Preiserhöhung. Seinen ablehnenden Standpunkt begründete der Landwirtschaftsvertreter mit den hohen Vergütungslöhnen und der zu kurzen Arbeitszeit im Bergbau. Und das wegen die Leute, deren Berufsgenossen zum Teil geradezu unerschöpfliche Preise für landwirtschaftliche Produkte fordern!

### Internationale Rundschau.

#### Die Sowjetregierung für wirtschaftlichen Kommunismus.

So werden Kommunisten die durch die Sowjetregierung erfolgte Ablehnung des sogen. Traubart-Vertrages auslegen. Dieser Vertrag mit der „Russo-Armee-Co.“ gab dieser Gruppe damit die Möglichkeit, alle Mittel von ihr ausbeutenden russischen Unternehmungen zurück zu befehlen. Die Sowjetregierung hat gewisse Verbindungen, indem er bestimmte, daß die Arbeiter die in die Betriebsleitung, die Annahme und Entlassung von Arbeitern nicht hineinreden könnten. Die Erklärung der Ablehnung durch die Sowjetregierung zeigt aber, daß die Ablehnung nur ein politisches Druckmittel gegen England ist. Die Erklärung stellt fest, daß solche Verträge dazu dienen sollen, freundschaftliche Beziehungen mit den betr. Ländern herzustellen und führt dann fort:

Demgegenüber bezeugt die gleiche Tätigkeit der englischen Regierung, die die Gleichberechtigung Sowjetrusslands im Nahen Osten und im Schwarzen Meer bestritt. Nur das Fehlen der oben bezeichneten wirtschaftlichen Beziehungen. Unter diesen Umständen hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, dem am 19. September in Berlin von Traubart und Staffin unterzeichneten vorläufigen Verträge seine Zustimmung zu versagen.

Das auch die Engländer in der einstweiligen Ablehnung keinen Ausfluß des Kommunismus, sondern nur ein politisches Druckmittel sehen, zeigt folgende Erklärung:

Traubart, der von Berlin nach London zurückgekehrt ist, erklärte, daß in der Frage seines Abkommens mit Staffin das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Das Abkommen sei aus politischen Gründen abgelehnt worden. Wenn die gegenwärtigen politischen Verhältnisse beigelegt seien, werde das Abkommen sicherlich von der Sowjetregierung ratifiziert werden.

### Knappheitsklausel.

#### Die Kritiken in der Druckmaschinenbranche.

In Nr. 39 des „Bergarbeiters“ gestiftet sich ein Gewerkschaftler darin, die Erfolge der letzten Generalversammlung auf dem Konto der Gewerkschaften zu buchen. Die Gewerkschaften hätten sich nach dem Willen der Mitglieder untergeordnet sein sollen. Die Kritiken sind nicht ohne Interesse, sie zeigen, daß die Gewerkschaften in der Druckmaschinenbranche in der letzten Zeit einen großen Schritt gemacht haben. Die Kritiken sind in der Druckmaschinenbranche in der letzten Zeit einen großen Schritt gemacht haben.

Zuletzt sei gesagt, daß die zwei Vorstandskassen des Verbandes gar nicht in der Lage waren, den Antrag zu stellen, weil solche von zwei Vorstandskassen unterzeichnet sein müssen. Nun zur Generalversammlung selbst. Im Juli fand eine Vorstandssitzung statt, in der die Generalversammlung vorbereitet werden sollte, welche in der Hauptsache dazu dienen sollte, die Beiträge zu erhöhen, welche die Verbandskasse mit Mühe arbeitete. Der 25. August wurde für diese in Aussicht genommen. Man wurde sich gegenständig darin einig, daß neben der Beitragserhöhung die Erträge der Kassen in der Kassenindustrie auf 2 Mill. erhöht werden sollten, ferner sollten die Kassen auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden, ferner sollten die Kassen auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden.

Nach der Verhandlung der Kassen wurde die Generalversammlung am 25. August in der Kassenindustrie auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden, ferner sollten die Kassen auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden. Die Generalversammlung wurde am 25. August in der Kassenindustrie auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden, ferner sollten die Kassen auf 250000 Mill. monatlich erhöht werden.

Bei Eröffnung der Generalversammlung beschwerten sich die Gewerkschaften, daß ihre Anträge nicht auf der Tagesordnung standen. Der Vorsitzende, Direktor Treuher, erklärte nun, daß die Anträge einen Tag zu spät eingegangen seien und deshalb nicht behandelt werden könnten. Die kritischen Stellen betrafen nun die Anträge, die die Anträge hoch zu betonen. Als dies nun vom Vorsitzenden mit aller Bestimmtheit abgelehnt wurde, stellte der Fraktionsvorsitzende der Gewerkschaften den Antrag, die Generalversammlung zu versetzen und eine neue einzuberufen, damit auch die Anträge der Gewerkschaften auf der Tagesordnung gesetzt würden.

Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Der Antrag wurde nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt.

Der Antrag wurde nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt.

Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt. Die Anträge wurden nicht auf der Tagesordnung gesetzt.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

##### Im Maschinenhaussteller verdrückt.

Am 4. Oktober, mittags 2 Uhr, erlitt ein Arbeiter auf der Zeche Uranberg in der Hauptbombezeitung im Fundamenteller unter der Fördermaschine ein Verdrücken. Durch den ausströmenden Dampf wurden vier Arbeiter auf der Stelle getötet. An ihrer Rettung war nicht zu denken, da der untere Deckel des Wasserabscheiders ganz abgerissen wurde, der Dampf also, mit einer Temperatur von 250 Grad, im Moment den ganzen Keller ausfüllte. Die Explosion war so heftig, daß das in diesem Keller befindliche Rohrnetz um 2 1/2 Zoll gehoben wurde.

Die Anlage im Kesselhaus ist mit ihren automatischen Sicherheitsventilen intakt geblieben. Beim Abbrechen der Hauptbombezeitung öffneten sich diese und ließen den Überdruck ins Freie. Der Wasserabscheider ist 2 Meter lang und hat einen Durchmesser von 375 Millimeter. Er wurde im Jahre 1911 gleichzeitig mit der Fördermaschine eingebaut. Er wird während dieser Zeit nicht geprüft worden sein. Der Druck entstand an einer geschwächten Stelle. Der unausschließliche Kraft wird dort im Laufe der Jahre seine Arbeit getan und das Unglück begünstigt haben. Die Bergpolizeiordnung weist auch hier eine Lücke auf, indem sie keine Prüfung in bestimmten Zeitabständen vorseht.

Das Unglück hätte größer werden können, da man gerade bei der Leichterhebung war. Der heisse Dampf füllte auch sofort den Maschinenraum aus. Dort der Seilbespannung der Maschinen, die sofort die Fördermaschine stillsetzten und erst dann den Raum verließen, ist Schlimmes verhindert worden. Ihnen gebührt Anerkennung.

#### Der amtliche Gewerkschaften verleumdet wider besseres Wissen!

Bei der gesamten Zentrumsdrucke brachte am den 8. Oktober herum folgende Notiz:

„Dieselbe Notiz wird heute über die hohen Kohlenpreise geschimpft und damit werden gleichzeitig die Bergarbeiter beschuldigt, durch ihre hohen Löhne die Kohlenpreise erhöht zu haben, obwohl die Bergarbeiterlöhne selbst nach der Erhöhung vom 1. Oktober mit den Lebensmittelpreisen noch nicht im Einklang stehen. Unverständlich ist nun, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Linberg, nach einem Bericht der „Erfener Arbeiter-Ztg.“ (Nr. 229 vom 2. Oktober d. J.) in den preussischen Landtag behauptet, die Bergarbeiterlöhne seien um das Dreifache gegenüber dem Jahre 1913, einschließlich der Sozialzulage und der letzten Sozialerhöhung vom 1. Oktober, um das 14fache gestiegen. Also sind die Bergarbeiterlöhne von der 30fachen Steigerung noch weit entfernt. Nach den amtlichen Angaben sind die Preise aller Bedarfsartikel bis Ende August um das 17fache gestiegen, mithin haben die Bergarbeiterlöhne selbst durch die letzte Erhöhung noch nicht mal die Preissteigerung im August erreicht. Im September sind die Preise ebenfalls weiter gestiegen. Es ist deshalb unrichtig, über hohe Bergarbeiterlöhne zu reden und sie in einem Parlament nebenbei noch höher zu bezeichnen, als sie in Wirklichkeit sind.“

Die ganze Notiz ist eine glatte Unverschämtheit, weil die Behauptungen über den Kameraden Linberg erlogen sind. Jeder Redakteur sollte sich sagen müssen, daß Linberg, der Redakteur der „Bergarbeiter-Ztg.“, berichtigtes nicht gesagt haben könnte. Aus dem kurzen Auszug aus der Rede von Linberg, den wir in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Ztg.“ wiedergeben, haben unsere Kameraden schon gesehen, daß Linberg gerade das Gegenteil von dem gesagt hat, was die Zentrumsdrucke ihm sagen läßt. Er stellte Löhne und Kohlenpreise seit dem Frieden einander gegenüber, um nachzuweisen, daß die Löhne einen immer geringeren Teil der Kohlenpreise ausmachen; daß es also ganz falsch ist, die hohen Bergarbeiterlöhne für die hohen Kohlenpreise verantwortlich zu machen. Die „Erfener Arbeiter-Ztg.“, auf welche sich die Notiz in der Zentrumsdrucke beruft, hatte unglücklicherweise den betreffenden Satz, der aus der Parlamentsdebatte von dem Setzungsvereinsmitglied stammt, übernommen, den Helfer aber an einem andern Tag korrigiert, indem sie die betreffenden Ausführungen von Linberg richtig wiedergab.

Das war am 1. Oktober. Der Schlußteil, der die Notiz ein paar Tage später brachte, hatte also Gelegenheit, sich vorher von der Unwahrscheinlichkeit der verleumderischen Behauptungen zu überzeugen. Daraus schied er die Verleumdung in die Welt!

Aus den Reihen unserer Kameraden wurde uns die Notiz vielfach zugesandt. Wir konnten hierbei leider wieder einmal feststellen, daß unsere Kameraden viel zu leicht auf jeden gegnerischen Schwindel hereinfallen! Da schreiben sie z. B., es sei traurig, daß auch Leute aus unseren Reihen den Bergmann bestohlen, als habe er an der Goldgrube. Oder es heißt: „Was soll man das sagen? Wir sind solche Ecken nicht böses Blut machen.“ Oder es heißt, daß die Notiz in den Reihen der Kameraden eine Erregung gegen den Verband und den Kameraden Linberg hervorgerufen habe.

Ja, man Tausend, müßt ihr denn gleich jeden Schwindel glauben, der gegen den Verband oder seine Führer in die Welt gesetzt wird? Eine telefonische Anfrage genügt doch, um die Wahrheit zu erfahren, um zu sehen, wie die Schwindler in die Ohren zu schlagen! Also etwas weniger Leichtgläubigkeit gegenüber dem Schwindel genügt! Das Schöne kommt aber noch. Kommt man auf einen bestimmten Bienenstock, der über die irrtümliche Behauptung beruht, so müßt ihr später aus der „Duisburger-Ruhrortler Volks-Ztg.“ lesen, daß die Notiz von einem Kameraden Linberg, dem Bergarbeiter verfaßt war! Da hört natürlich alle Gemütsruhe auf! Die Zentrumsdrucke in der Landtagsdebatte, Richter und Strenger, haben sich in ihren Reden verschiedentlich zum Ausdruck der Rede Linberg geäußert. Strenger, Kost und andere Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet hörten die Rede an. Der Stimmführer im Reichstag hatte also die Möglichkeit, sich nach dem wahren Sachverhalt zu erkundigen, wenn er schon leistungsfähig war! In der Debatte, die am 1. Oktober in der Reichstagsdebatte stattfand, wurde über die Notiz in der Zentrumsdrucke berichtet, die über die Notiz in der Zentrumsdrucke berichtete.

hoch hängen! Wie das zu dem von jener Seite nicht gepredigten Grund...

Abwehr und Wahrheit.

Nachstehend bringen wir einige Zuschriften von Kameraden, die besonders scharf unter den verlogenen "illegalen Methoden" der...

In der kommunistischen "Woch.-Ztg." vom 22. September 1922 erschien unter "Gerthe" folgender Artikel:

Die Vorgänge aus Lotkringen bei der Einführung des Ueber-

Die ist nun die Wahrheit? Auf einwärtiger Schachanlage - es ist jede Lotkringen, Schacht IV - ist auf Wunsch des größten...

Wohin nun eigentlich die Diktatorisch-terroristischen Maßnahmen der...

Fachschicht: Der größte Teil der Belegschaft - ungefähr 78 Prozent - gehört den Organisationen der Arbeitergemeinschaft an...

Am 1. September, zwei Tage nach dem Beschluß des Betriebs-

In der Selbständigen kommunistischen "Arbeiter-Zeitung" (Nr. 161)...

Wohin nun eigentlich die Diktatorisch-terroristischen Maßnahmen der...

zimmer, dann wieder in die Wohnhalle, aber nirgends war der Berg-

Bergarbeiter, wie lange müßt ihr euch noch von diesen Komödianten...

Alle Macht den Räten, dann wird es für die Berg-

Nach dem einmütigen Beschluß der Arbeitergemeinschaft...

Die kommunistische "Woch.-Ztg." vom 7. Oktober berichtet,

Am anderen Tage erließ die Direktion einen Anschlag, wonach...

Wenn die Leute, die sich dieses Zeug zusammentreiben, sich...

Berbandsjubiläum

Kamerad Richard Ott, Jahresheld der Berg-Gasse, wurde in diesem...

Der Rand-Gewerkschaft

wurde am 10. Oktober kurz vor der Verhandlung ein Antrag des...

Tägliche Arbeitsleistungen der Gewerkschaftsleiter.

Welche vielseitige und geistige Arbeit in der Hauptverwaltung einer...

Die Gewerkschaftsleitungen haben heute als Folge der tätigen...

Gewerkschaftsbewegung für die Mitglieder eine Selbstverständlichkeit...

Dies magt sich bei einer Hauptverwaltung äußerlich durch die Zahl...

Die schon erwähnt, ist heute das Gebiet der Lohnbewegungen...

Seit Schaffung des Betriebsrätegesetzes ist den Gewerkschaften...

Jeder Verband gewährt seinen Mitgliedern Rechte, die bei...

Das Verantwortlichkeitsgefühl und die aufreibende Tätigkeit der...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die Vertrauensmännerkonferenz zur Beitragsfrage.

Die heute in Unter-Eschbach, im Lokale Keller tagende...

Unter Punkt "Verständnis" fand ein sehr lebhafter Gedankenaustausch...

Berbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die...

Es die Jugendkassen! Wir verweisen noch einmal auf das neue...

Adressenänderungen.

Die Vertrauensmännerkonferenz Heinrich Kramer wohnt...

Krankengeldauszahlung.

Erklärung. Die von mir gegen Herrn Bogla getane Aufklärung...

Soeben erschienen und durch die Ortsverwaltung zu beziehen:

Taschenkalender für Bergarbeiter für Mitglieder 75 Mk., im Buchhandel 100 Mk.

Postkarten mit Bild von Otto Hue (Preis 2 und 3 Mk.) zu beziehen von H. Hausmann & Co., Bochum.

Was die Ruhe mit langem Schilde...